



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
auf die Fragen des
Hotelverbandes Deutschland (IHA)**

Brennpunkt 1: Mehrwertsteuer

Werden Sie für die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes im Gastgewerbe stimmen?

Antwort

Die CDU will eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung mit dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen zu korrigieren und insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen. Wir wissen, dass die deutsche Tourismuswirtschaft unter einem enormen Globalisierungs- und Wettbewerbsdruck steht, wozu auch die Mehrwertsteuerbelastung beiträgt.

Brennpunkt 2: Arbeitsrecht

- 1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Arbeitsrecht in Deutschland einfacher und beschäftigungsfreundlicher wird?**
- 2. Sagen auch Sie „Nein“ zum Mindestlohn über Gesetz?**
- 3. Sprechen Sie sich für flexiblere Regelungen im Arbeitszeitgesetz aus?**
- 4. Sind Sie für die Heraufsetzung der Nachruhezeit für Jugendliche von 22 Uhr auf 23 Uhr?**

Antwort

Gerade in der Krise kommt es darauf an, auch mit kurzfristig wirkenden, pragmatischen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig geht es der CDU um eine mittel- und langfristig wirkende Politik, die dazu führt, dass sich die Beschäftigungsperspektiven verbessern. Es geht um einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf dem Arbeitsmarkt. Es muss gelten: Vorfahrt für Arbeit. In diesem Sinne muss die Aufgabe des fairen Interessenausgleichs gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien angenommen werden. Wir befürworten die Ausweitung des Grundsatzes der Flexicurity und haben uns in der Diskussion um die europäische Arbeitszeitrichtlinie dafür eingesetzt, eine praktikable

Lösung zu erarbeiten. In Deutschland haben die Tarifvertragspartner in der Vergangenheit praxismgerechte Tarifverträge ausgehandelt. Diese Tarifautonomie soll bleiben, um vor Ort für passgenaue Lösungen zu sorgen. Sie ist ein Kernbestandteil der Sozialen Marktwirtschaft.

Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen. Zur Verhinderung von Lohndumping wollen wir das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klarstellen.

Die Gastronomie und Hotellerie trägt wesentlich zur Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen bei. Für uns gilt, dass Unternehmen die ausbilden, unterstützt werden müssen. Deswegen unterstützt die CDU auch klar und eindeutig den Abbau von Ausbildungshemmnissen, etwa durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz. Dazu gehört für uns auch die Heraufsetzung der für gastronomische Ausbildungsbetriebe unpraktikablen Nachtruhezeiten für Jugendliche von 22 Uhr auf 23 Uhr.

Brennpunkt 3: Unternehmensteuer

- 1. Werden Sie dafür Sorge tragen, dass die gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen von Mieten und Pachten schnellstmöglich wieder abgeschafft werden?**
- 2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zumindest der Finanzierungsanteil von Mieten und Pachten auf ein realistisches Maß von maximal 25 Prozent gesenkt und der Freibetrag von derzeit 100.000 auf mindestens 200.000 Euro angehoben wird?**

Antwort

Im Rahmen der Unternehmensteuerreform hatte sich die Union von Anfang an auch für weitere Verbesserungen bei der Neuregelung der Gewerbesteuer eingesetzt. Im Jahressteuergesetz 2008 haben wir dann erreicht, dass der pauschalierte Finanzierungsanteil bei Immobilienmieten von 75 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt wurde. Wir werden die Unternehmenssteuerreform

krisenfest weiterentwickeln. In einer weltweiten Wirtschaftskrise darf der Staat den Unternehmen keine zusätzlichen Steuer-Steine in den Weg legen, die ihre Chancen auf Wachstum und Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb behindern. Wir werden daher die Besteuerung von Unternehmen auf krisenverschärfende Wirkungen überprüfen und die notwendigen Anpassungen vornehmen. Wachstumsfeindliche Steuerpolitik wird es mit uns nicht geben.

Brennpunkt 4: Urheberrecht

- 1. Sind Sie der Ansicht, dass Hotels weder Kabel- noch Sendeunternehmen sind?**
- 2. Werden Sie für eine Klarstellung im Urheberrechtsgesetz sorgen?**
- 3. Werden Sie sich für eine Senkung der Gebührenbelastung der gastgewerblichen Betriebe einsetzen?**

Antwort

Die Verfahren und Kosten für die Nutzung von Urheberrechten werden bereits seit vielen Jahren von der deutschen Tourismuswirtschaft kritisiert. Deswegen erfolgt gegenwärtig die Überprüfung der Regelungen der Kabelweitersendung für Hotels und die entsprechende Vergütung. Falls gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, soll die Bundesregierung entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten.

Brennpunkt 5: Alkoholpolitik

- 1. Werden Sie dafür sorgen, dass verstärkte Aufklärung und Kontrolle statt immer neuer Verbote im Kampf gegen den Alkoholmissbrauch wirksam werden?**
- 2. Werden Sie sich gegen gesundheitspolitisch ineffektive Steuererhöhungen auf alkoholische Getränke einsetzen?**
- 3. Sind Sie auch der Auffassung, dass eine weitere Senkung der Promillegrenze unter 0,5 Promille nicht zielführend ist, um Unfälle im Straßenverkehr zu verhindern?**

Antwort

Die CDU setzt auf ein breites Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit alkoholhaltigen Getränken, der auf das verantwortungsbewusste Handeln der Akteure, auf Eigenverantwortung und der Kompetenz des Verbrauchers zielt. Einschränkungen und Verbote sind kein Allheilmittel. Wir vertreten die Auffassung, dass es wichtig ist, auf die Einhaltung der bestehenden gesetzlicher Regelungen beispielsweise nach dem

Jugendschutzgesetz zu achten, statt neue Gesetze und Verbote zu fordern. Die Regelungen müssen von den Verantwortlichen im Handel und in der Gastronomie eingehalten und von den Ordnungsbehörden kontrolliert werden. Weiterhin ist es notwendig, die Präventionsmaßnahmen auszubauen und den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol in der Gesellschaft stärker zu thematisieren.

Alkohol im Straßenverkehr ist kein Bagatelldelikt. Der Kampf gegen Alkohol im Straßenverkehr muss konsequent fortgesetzt und die Einhaltung der bestehenden Vorschriften sichergestellt werden.

Brennpunkt 6: Tourismuspolitik

Werden Sie den Deutschlandtourismus durch

- 1. eine Mittelaufstockung für die DZT,**
- 2. die Beibehaltung des Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag,**
- 3. einen Staatssekretär für Tourismus**

unterstützen und stärken?

Antwort

Der Tourismus ist eine verlässliche Wachstumslokomotive für Deutschland. Wir wollen ihn mit guten Rahmenbedingungen weiter stärken. Ziel der CDU ist es, Urlaub in Deutschland noch attraktiver zu machen. Deswegen wollen wir auch neben Maßnahmen wie der Förderung des Tourismus im ländlichen Raum, der Stärkung des barrierefreien Tourismus und des Bürokratieabbaus für unsere mittelständische Tourismuswirtschaft die Erhöhung der Mittel für die Auslandsvermarktung der Tourismusbranche erreichen. Die Union hat bereits in den letzten vier Jahren die Erhöhung der Mittel von 24,5 Mio. Euro auf 26,3 Mio. Euro durchgesetzt. Außerdem werden für 2009 zusätzlich 1 Mio. Euro für besondere Werbemaßnahmen der DZT angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise und der rückläufigen Gästezahlen aus dem Ausland bereitgestellt. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt seit 1990 im Deutschen Bundestag einen Ausschuss für Tourismus. Hier wird die Tourismuspolitik

mitbestimmt und die Interessen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und tourismuspolitischen Verbänden zusammengeführt. Da sich dieser Ausschuss in den letzten 19 Jahren bewährt hat, streben wir eine Wiedereinrichtung auch in der kommenden Legislaturperiode an.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode wurde auf Druck der Union mit der Ernennung von Ernst Hinsken als Tourismusbeauftragten der Bundesregierung zur besseren Koordination der tourismuspolitischen Aktivitäten der einzelnen Bundesressorts sowie auf Bundes- und Länderebene eine langjährige Forderung der Tourismuswirtschaft erfüllt.